

I. Vorlage

- zur Beschlussfassung
 als Bericht

Gremium

Sitzungsteil

Datum

	bisherige Beratungsfolge	Sitzungstermin	Abstimmungsergebnis				
			einst.	mit Mehrheit		Ja-Stimmen	Nein-Stimmen
				angen.	abgel.		
1							
2							
3							

Betreff
Vorstellung der Zuständigkeiten des Sozialamtes

Zum Schreiben/Zur Vorlage der Verwaltung vom

Anlagen

Beschlussvorschlag

Sachverhalt

Mit der Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zum 01.01.2005 wurde die bisher größte Veränderung im deutschen Sozialsystem seit der Verabschiedung des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) 1961 vorgenommen. Dabei wurden mit dem vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsplatz ("Hartz IV") Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige zur Grundsicherung für Arbeitssuchende im neuen Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) zusammengelegt. Gleichzeitig wurde die bisherige Hilfe zum Lebensunterhalt (Sozialhilfe) in das Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) eingeordnet und durch die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung als separate Leistungsart ergänzt.

Mit der Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe und der damit verbundenen Einführung von SGB II und SGB XII wurden zur Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende Arbeitsgemeinschaften (Hartz IV-ARGEN) aus Agentur für Arbeit und Kommunen gebildet. Mit Einführung des SGB XII wurde damit für das Sozialamt auch eine Neuorganisation notwendig. Dazu ergeben sich nunmehr insbesondere folgende Arbeitsgebiete:

<p>Verwaltungsabteilung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Rechnungsstelle/Kasse • Poststelle/Registratur • Seniorenbeauftragte • Behindertenbeauftragter 	<p>Leistungen nach dem SGB XII/ Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung/Asylbewerberhilfen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) • Hilfe zum Lebensunterhalt • Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung • Hilfe zur Pflege in Form von Pflegegeld oder ergänzenden Pflegesachleistungen • Krankenhilfeleistungen bei fehlendem Krankenversicherungsschutz • Übernahme von Bestattungskosten • Hilfe zur Familienplanung • Durchführung der Kriegsopferfürsorge (KOF) • Vollzug des SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes • Vollzug des Unterhaltssicherungsgesetzes für Wehr- und Zivildienstleistende 	<p>Wohngeld/ Wohnungsfürsorge</p> <p><u>Wohngeld</u> Bearbeitung von Miet- und Lastenzuschussanträgen</p> <p><u>Wohnungsfürsorge</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Ermittlung von sozial- und einkommensorientiert geförderten Wohnungen • Erteilung von Wohnberechtigungsbescheinigungen • Beratung und Unterbringung von Obdachlosen • Verwaltung der Obdachlosenunterkünfte/Übergangswohnheim <p><u>Wärmestube</u></p>
--	--	---

Weitere notwendige Erläuterungen erfolgen mündlich.

Finanzielle Auswirkungen		jährliche Folgekosten	
<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Gesamtkosten	€
		<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja
Veranschlagung im Haushalt		Budget-Nr.	
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	bei Hst.	im <input type="checkbox"/> Vvhh <input type="checkbox"/> Vmhh
wenn nein, Deckungsvorschlag:			
Zustimmung der Käm		Beteiligte Dienststellen:	
liegt vor:	<input type="checkbox"/> RA	<input type="checkbox"/> RpA	<input type="checkbox"/> weitere: <input type="checkbox"/>
Beteiligung der Pflegerin/des Pflegers erforderlich:		<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Falls ja: Pflegerin/Pfleger wurde beteiligt		<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

II. POA/SD zur Versendung mit der Tagesordnung

III. Ref. IV/SzA

Fürth, 15.01.2009

Unterschrift des Referenten

Sachbearbeiter/in:
Herr Lippmann

Tel.:
974-1760